

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Mus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Illg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 24 Mark monatlich 8 Mark. Anzeigenpreis: Die Spaltzeile oder deren Raum 1 Mk., die Reklamzeile 3 00 Mk. Mindestbetrag bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung, eines Auftrags 5 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt vollständig.

Nr. 8.

Altensteig, Mittwoch den 11. Januar

Jahrgang 1922.

Das französische Ziel in Cannes.

Mit einer Reihe amerikanischer Zeitungen veröffentlichte der englische „Manchester Guardian“ Enthüllungen über eine französisch-japanische Annäherung und geheime Abmachungen über Ostibirien. Zwar sind die Mitteilungen alsbald von französischer und dann auch von japanischer Seite widersprochen worden, die tatsächlichen Beweise scheinen aber dennoch vorzuliegen. Daß die englische Politik wohl im Einverständnis mit Amerika, den Schleier gerade vor der Konferenz von Cannes hielten, war ein geschickter Zug; die ganze Unaufrichtigkeit des vielgepriesenen „Bündnisses für das Stille Weltmeer“ tritt jetzt klar zutage. Ein japanisch-französisches Einverständnis von Dauer wäre für England lästiger als für Amerika. Durch die Kurzsichtigkeit von Lloyd Georges Versailles Politik, die das deutsche Gegengewicht einfach zerstörte, ist das Gleichgewicht Europas einseitig zugunsten Frankreichs aufgehoben worden. Erhält Frankreich herrschaftliche Politik nun noch eine Stütze außerhalb Europas, durch eine Hilfe „Entente“ mit Japan, so kann sie sich mancher zarten Rücksicht auf den englischen „Verbündeten“ entziehen. Die Folge würde vermutlich sein, daß England gegen Frankreich zunächst erschreckt wird. Bis der englisch-französische Gegensatz, wozu Clemenceau und Lloyd George in Versailles gemeinsam das Saat Korn in die Erde gesäht haben, voll ausgeht ist, darüber können Jahrzehnte vergehen. Inzwischen bleibt die Tatsache bestehen, daß die englische Wirtschaft, in ihren Unterfächern nicht nur, sondern auch in ihrer Oberfläche, die Wiederherstellung des europäischen Marktes will. Dem muß Lloyd George Rechnung tragen, wenn er bei den unvermeidlichen Neuwahlen nicht unter die Räder kommen will. Dem läßt sich mit Erfolg nur begegnen, wenn Lloyd George der Bringer des wirtschaftlichen Friedens wird! Die sichere Aussicht auf die große Wirtschaftskonferenz und der Ausgleich mit Island würden ihm vielleicht schon genügen, die Auflösung des Parlaments zu wagen. Deutschland spielt in diesen Berechnungen, wie man leicht erkennt, einstweilen nur eine Nebenrolle.

Anders für Frankreich. Für Frankreich spielt Deutschland insofern eine Hauptrolle, als es beharrlich das Doppelziel verfolgt: mit deutschem Kriegstribut die östliche riesenhafte Militärhaushalts zu stopfen, und nebenbei die verbliebene Einheit Deutschlands zu zerlegen. Im Kerger über die englischen Widerstände hat die französische Presse die Maske ein wenig gelüftet: das eigentliche Ziel, dem man in Cannes einen Schritt näherzukommen hofft, ist die Einverleibung des linken Rheinuferes. Man glaubt sie beschleunigen zu müssen, ist England mit dem Plan einer „Neutralisierung“ des Rheinlands hervorgetreten ist. Deutschland könnte ja mit Leichtigkeit zahlungsfähig gemacht werden, wenn die Kosten der Besatzung — die dem wehrlosen Lande gegenüber jeden Sinn verloren hat — auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt würden. Aber an einem zahlungsfähigen Deutschland ist den Franzosen gar nichts gelegen. Geld wollen sie haben, gewiß, soviel sich abpressen läßt. Aber die Summe der Ansprüche soll die möglichen Leistungen immer um ein genügend großes Maß übersteigen, daß eine wirtschaftliche Erholung Deutschlands ausgeschlossen ist. Aus dem Zurückbleiben der denkbar höchsten Leistungen hinter den unerfüllbaren Ansprüchen soll dann Frankreich jederzeit das „Recht“ zu neuen Gewalttaten, Sanktionen genannt, herleiten können. Ihr Ziel scheint aber dormalen nicht das Ruhrgebiet, sondern das linke Rheinufer zu sein. Italien, das der Form halber auch noch ein Wort mitzureden hat, hofft man heranziehen zu können, wie bei der oberschlesischen Entscheidung. Und wenn wir uns erinnern, daß wir von Italien — außer einer Ueberflüssigen Worte — überhaupt noch nichts gehört haben, so werden wir diese französische Hoffnung leider nicht als unbegründet einschätzen dürfen. Nicht als ob wir erwarteten, daß man in Cannes eine Annexion eine Annexion nennen werde, keineswegs! Man wird der Sache schon irgendein schönes Mantelchen umhängen. Aber das Ziel wird man jetzt im Auge behalten: Einverleibung des linken Rheinuferes. Und ob das andere Ziel, das mit diesem in Wettbewerb tritt, der europäischen Wirtschaftsrücken, mit der gleichen Beharrlichkeit verfolgt wird, das darf man schon ein wenig in Zweifel ziehen. Vergessen wir nicht: für uns geht's, wie für Frankreich, um das linke Rheinufer. In Cannes wird

schon fast schon die Entscheidung fallen. In Cannes wird vielleicht überhaupt keine Entscheidung fallen. Aber in Cannes wird, wie in Versailles, Zukunftssaat gesät werden.

Die Verhandlungen in Cannes.

Cannes, 10. Jan. Nach der Havas-Meldung hat sich der Oberste Rat nunmehr geeinigt, von Deutschland für das Jahr 1922 eine Zahlung von 720 Millionen Goldmark entsprechend den Verpflichtungen der Schuldscheine der Reihe A zu fordern. Von dieser Summe sollen an Belgien 580 Millionen, auf Frankreich 140 Millionen fallen, außerdem sollen die bis jetzt aus den Saargruben gezogenen 300 Millionen Goldmark Frankreich ohne Berechnung auf die Gesamtentschädigung zugute kommen. Italien wurden die 170 Millionen Lire aus deutschem Besitz, die seit Ausbruch des Kriegs in der Italienschen Bank in Rom festgehalten waren und für Rechnung des ganzen Verbands bereit lagen, zugesprochen. Dem Wiesbadener Abkommen hat England unter der Bedingung zugestimmt, daß es auf drei Jahre beschränkt und die Endsumme von 5 Milliarden im Vertrag gestrichen wird und daß ferner Deutschland an Frankreich im ersten Jahr nicht mehr als für 1/4 Milliarden, in den beiden folgenden Jahren nicht mehr als für 1/2 Milliarden Goldmark Entschädigungen liefern darf.

Der „Sicherheitsvertrag“.

Paris, 10. Jan. „Petit Parisien“ meldet, der französisch-englische Sicherheitsvertrag enthalte feste Bestimmungen, die Frankreich die englische Hilfe zu Wasser und zu Land sichern, um es gegen irgendwelche Angriffe zu schützen. Eine Denkschrift der englischen Regierung erwartet, daß die Fragen über Kleinasien und Tanger (in Marokko) gütlich gelöst werden und daß in der Notienfrage, namentlich bezüglich der Tauchboote, eine Uebereinstimmung erzielt werde. Bedingungen des Vertrages seien diese Punkte jedoch nicht. (?)

Die Wiederaufbaugesellschaft.

Cannes, 10. Jan. Laut Havas haben die Minister der verbündeten Länder den von den Sachverständigen in Paris ausgearbeiteten Plan für die Bildung einer Privatgesellschaft zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas (Auflands) gebilligt. In London soll die Hauptgesellschaft mit einem Kapital von 2 Millionen Pfund Sterling gegründet werden, der sich in den beteiligten anderen Ländern Zweiggesellschaften mit eigenem Kapital in der Währung ihres Landes anschließen sollen.

Berlin, 10. Jan. Gegenüber den widersprechendsten Nachrichten über die Verhandlungen des Obersten Rats ist ein Bericht von Interesse, der der „Deutschen Allg. Zeitung“ aus Cannes zugeht: Man gewinnt den Eindruck, daß das ganze Programm nur der Deckmantel für Verhandlungen über die politische Neugestaltung Europas werden soll. Frankreich nimmt den Plan Lloyd Georges für den Wiederaufbau Europas an und erhält dafür von England den Garantievertrag. Auf französischer Seite betrachtet man das Abkommen ausschließlich als gegen Deutschland gerichtetes Abwehrbündnis, dem sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch Italien und Belgien anschließen werden. In englischen Kreisen wird betont, daß die französisch-englische Vereinbarung der Anfang zur Ausführung eines großen politischen Plans sei, den Lloyd George in Genua verwirklichen wolle. Man stehe vor einer Neuordnung in der ganzen europäischen Politik zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa. Der Garantievertrag zwischen Frankreich und England scheint im wesentlichen auf dem Versailler Vertrag aufgebaut zu sein und würde auch die Neutralisierung der Rheinprovinzen bedeuten, da je militärische Maßnahmen in den Rheinländern als Kriegsfall betrachtet werden sollen. Frankreich macht zweifellos Zugeständnisse hinsichtlich der Einschränkung seiner Landheers und in der Unterseebootsfrage. Wie verlautet, soll in dem Abkommen auch der Gebietszustand Mittel- und Osteuropas geordnet werden, worauf man französischerseits großen Wert legt, weil dadurch der Ansehensverlust Österreichs an Deutschland verhindert würde.

Die Weltkonferenz in Genua.

Paris, 18. Jan. Der Oberste Rat hat einen Ausschuss mit der sofortigen Ausarbeitung einer Tagesordnung für die Wirtschaftskonferenz in Genua beauftragt.

Rußland nimmt die Einladung an.

Cannes, 10. Jan. Der Volkskommissar Tschitscherin teilte dem Obersten Rat mit, daß die Sowjetregierung die Einladung zur Konferenz in Genua für März annehme. Vertreter mit ausgedehnten Vollmachten sollen demnächst gewählt werden.

Branntweinfabrikation und Branntweinmonopol.

Über die gegenwärtigen Verhandlungen des Reichstags in der Frage des Branntweinmonopols erhalten von unterrichteter Seite folgende Ausführungen:

Der Reichstagsausschuss hat trotz grundsätzlicher Abneigung einer bürgerlichen Mehrheit gegen ein Branntweinmonopol des Reichs den Beschluß gefaßt, daß die Monopolverwaltung das Recht haben soll, in Zukunft einfache Trinkbranntweine für den Konsumtionismus herzustellen und zwar nicht in Gestalt eines Monopols, sondern im freien Wettbewerb mit den Privatbetrieben, die man im übrigen unangekocht lassen will. Maßgebend für diesen Beschluß war die Erwägung, daß die Monopolverwaltung die Errichtung von 20 neuen Maschinen zur Herstellung von einfachem Trinkbranntwein bereits in Angriff genommen hat, von denen etwa sechs schon im Betrieb sind. Die Kommissionsmehrheit glaubte also, mit ihrem Beschluß zugunsten des Reichs Sparjamkeit zu üben, indem sie einen Verkauf beim Verkauf der bereits geschaffenen Fabrikationsanlagen vermeiden und diese deshalb zur Eigenfabrikation des Reichs ausgenutzt wissen wollte.

Aber gerade vom Standpunkt der Sparjamkeit aus bedarf der vorläufige Beschluß des Reichstagsausschusses einer gründlichen Nachprüfung. Bekanntlich bringt die privatwirtschaftliche Branntweinfabrikation heute gewaltige Steuerumlagen für den Reichsfiskus auf. Will man Vorteile und Nachteile der Monopolfabrikation für die Reichsfinanzen gerade abwägen, so muß man der Monopolverwaltung zunächst die gleichen Steuerlasten auferlegen, die die Privatbetriebe zu tragen haben. Es ist also zu fordern, daß bei Durchführung des Kommissionsbeschlusses die Herstellung und der Vertrieb der Monopolfabrikate zu einer selbständigen Abteilung der Monopolfabrikation gemacht wird, die die gleichen Steuern und Abgaben, wie jeder Privatbetrieb an das Reich abzuführen hat. Erst was dann noch bei der Monopolfabrikation aus Ueberschuß übrig bleibt, ist als Gewinn des Reichs anzusehen, durch den die Aufwendungen für die hergestellten Monopolanlagen verzinst und getilgt werden sollen. Nach allen Erfahrungen, die man bisher mit den Reichsbetrieben gemacht hat, ist stark zu bezweifeln, ob dann wirklich die gemachten Anwendungen wieder herausgeholt werden können. Ferner darf aber auch bei einer Nachprüfung der finanziellen Wirkungen des Reichstagsbeschlusses die Entschädigungsfrage nicht vergessen werden. Für den Fall der Schaffung eines Fabrikationsmonopols für Branntwein sind bereits im Jahr 1918 bestimmte Entschädigungsätze für die geschädigten Privatbetriebe festgesetzt worden. In Anbetracht der heutigen Geldwertverteilung sind aber die Entschädigungen von nicht mehr als 6000 Mark jährlich, wie sie damals in Aussicht genommen wurden, heute nicht als ausreichend auch für die notdürftigste Existenz einer Familie anzusehen. Es ist auch als gewiß voranzuziehen, daß diejenigen Privatbetriebe der Branntweinindustrie, die infolge der beschlossenen Errichtung der Reichsfabrikation zum Erliegen kommen, aufgrund der Reichsverfassung ihre Entschädigungsansprüche geltend machen werden. Die Durchführung des Kommissionsbeschlusses wird also auch in dieser Hinsicht dem Reich erhebliche Geldopfer auferlegen.

Wo bleibt bei alledem die beabsichtigte Sparjamkeit? Der Reichstagsausschuss oder das Plenum werden sicherlich gut tun, die Vorteile und Nachteile des gezeichneten Beschlusses noch einmal streng rechnerisch nachzuprüfen. Es wird sich dann nämlich herausstellen, daß der ganze einmalige Verlust, den das Reich durch Auflösung und Verkauf der bereits geschaffenen oder in Angriff genommenen Monopolfabrikanlagen im schlimmsten Fall erleiden könnte, bei weitem nicht so groß ist, wie der wäre, den es bei Durchführung des Kompromißbeschlusses der Reichstagskommission durch die Unterhaltung der Monopolfabriken voraussichtlich dauernd zu tragen haben würde.

Neues vom Tage.

Anarchistenkongress in Berlin.

Berlin, 10. Jan. In Berlin haben sich, wie die "Zeit" meldet, vor einigen Tagen Anarchisten aus allen Ländern zu einer Besprechung über die Organisation nach Ländern und Provinzen zusammengefunden. Es wurde eine scharfe Entschiedenheit gegen die Gewerkschaften geäußert, die die Diktatur verhindern.

Theologische Fakultäten an der Frankfurter Universität.

Frankfurt a. M., 10. Jan. Die evangelische Bezirksynode bewilligte heute den Betrag von 12000 Mk., damit drei Vertretern Lehramtsstränge für evangelische Theologie erteilt werden können. Das Kuratorium der Universität gibt für den gleichen Zweck 8000 Mk. Das neue Unternehmen soll die Grundlage bilden für die Schaffung einer evangelisch-theologischen Fakultät in der Frankfurter Südsüdweststadt. Bei der sind philosophische Professuren in Aussicht genommen für Dozenten, die auf dem Boden der katholischen und der israelitischen Weltanschauung stehen.

Kritische Lage des Kabinetts Schöber.

Wien, 10. Jan. Infolge der ablehnenden Haltung der Großdeutschen Partei gegenüber dem Vertrag von Lana ist die Stellung der Regierung Schöber kritisch geworden. Sollte die Reichsleitung der Großdeutschen Partei, die am 15. d. M. zur entscheidenden Sitzung zusammentritt, ebenfalls den Vertrag von Lana in seinem politischen Teil ablehnt, so würde der Rücktritt des Kabinetts Schöber, zum mindesten die Umbildung des Kabinetts notwendig werden.

Eine neue Währung?

Berlin, 10. Jan. Zur beabsichtigten Verpfändung eines Teils des Goldschatzes der deutschen Reichsbank zwecks Aufbringung auswärtiger Anleihen ist bekanntlich die Aenderung des Reichsbankstatuts notwendig. In den nächsten Tagen soll ein entsprechender Gesetzentwurf fertiggestellt werden, der nach dem Ergebnis der darüber geführten Verhandlungen eine Aenderung unseres Währungssystems vorsieht. Man will künstlich die Goldwährung verlassen und einen anderen Weg einschlagen, der gleichzeitig der Befriedigung der sozialistischen Forderung einer Sachwertverfassung dienen soll. Die Gewerkschaften schlagen vor, statt der Goldreserve künstlich Staatsmonopole (Reichseisenbahn, Post usw.) zur Grundlage zu benutzen, indem man den Sachwert der Eisenbahn als Wertobjekt der künftigen Währung einsetzt und zur Stabilisierung gleichzeitig auch die Werte unserer gesamten Wirtschaft hinzuziehen will. Weiter wird erwoogen, aus minderwertigen Metallen Geldstücke vorerst nur Ein-, Zwei- und Fünfmarsstücke zu prägen. „Südd. Jtg.“

Griff nach dem deutschen Auslandsvermögen?

Sasel, 10. Jan. Der „Wasser Anzeiger“ meldet aus Cannes: In den Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George über Garantien Deutschlands ist auch die Frage der Beschlagnahme der deutschen Privatguthaben in der Schweiz, die auf 400 Millionen Goldmark geschätzt werden, zur Erörterung gelangt. Darüber wird die Konferenz der deutschen Vertreter anhören.

Folgen des Karl-Rußes.

Budapest, 10. Jan. Die wegen Beteiligung an Karl-Rußes verhafteten gewissen Abg. Graf Sigray und Graf Rakowski haben an den Ministerpräsidenten Graf Bethlen sowie an den Minister des Reichens Graf Banffy ihre Reue gefandt und ritterliche Genugtuung verlangt. Ein Ehrengericht hat entschieden, daß Graf Banffy verpflichtet ist, dem Grafen Sigray ritterliche Genugtuung (im Zweikampf) zu geben. In der anderen Sache ist die Entscheidung noch nicht gefällt worden.

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Bollinger.

(51) (Nachdruck verboten.)

„Sie haben dies Bild da nur aus dem Gedächtnis malen können. Das dünkt mich ein kümmerliches und unzulängliches Porträt. Ich hatte zwar die Absicht, schon an einem der nächsten Tage meinen Wanderstab weiter zu legen. Aber ich habe keine Heimat, und ich werde von niemandem erwartet. Falls ich Ihnen also einen Dienst damit erweise, bin ich gern bereit, Ihnen ein paar Mal für Ihre Zutritte zu thun.“

So klar und deutlich, als hätte ein hinter ihm Stehender es ihm ins Ohr geflüstert, hörte Hermann Rodet die warnende Stimme in seinem Innern:

„Sage nein! — Wenn dir deine Freiheit lieb ist, die Ruhe deines Herzens, deine Zukunft als Mensch und als Künstler, so sage nein!“

Aber er gehorchte der mahnenden Stimme nicht. Sein von der lockenden Aussicht heiß erregtes Blut bedielt den Sieg. Er erfaßte Luisa Wagners Hand, und während er sie wieder und wieder küßte, stammelte er Worte des Dankes für ihre große Güte. Ohne Widerstreben ließ sie ihn gewähren; ein leuchtendes, schimmerndes Licht war in ihre Augen gekommen und etwas wunderfam Leiches, Hingebendes in den Klang ihrer Stimme, da sie fragte:

„Und wann — wann werden wir beginnen?“

Er besann sich erst jetzt, daß da noch ein Hindernis zu überwinden war. Für eine Arbeit von dem gewaltigen Umfang des beabsichtigten Bildes bedurfte er notwendig eines anderen Ateliers, und es war ihm bis jetzt nicht gelungen, einen geeigneten Raum ausfindig zu machen, der all seinen Anforderungen genügt hätte, und dessen Mietpreis zugleich mit seinen verfügbaren Mitteln in Übereinstimmung zu bringen gewesen wäre. Freilich hatte er die Angelegenheit bisher nicht mit übergroßem Eifer betrieben; denn er wollte mit dem Gemälde ja erst beginnen, wenn alle Vorarbeiten zu seiner vollen Zufriedenheit erledigt waren. Nun aber, da wie durch ein Wunder das größte und bedeutendste Hemmnis aus dem

Die Freiheitsbewegung in Ägypten.

Kairo, 10. Jan. Die neue ägyptische Delegation, die den Namen Wasf führt, hat ein Manifest erlassen, worin sie erklärt, sie werde kein Ministerium unterstützen, solange Ismail Pascha und seinen Gefährten die Rückkehr in die Heimat verweigert werde. Die Wasf hat die Einberufung eines Nationalkongresses beschlossen, an dem Vertreter aus ganz Ägypten teilnehmen sollen, um ihr Programm bekanntzugeben und sich über die Wünsche der öffentlichen Meinung zu unterrichten.

Mus Stadt und Land.

Monteclair, 11. Januar 1922

Wochenhilfe u. Wochenfürsorge. Nach einem neuen Reichsgesetz erhalten alle Wöchnerinnen, denen ein Anspruch auf Wochenhilfe oder auf Familienwochenhilfe oder auf Wochenfürsorge zusteht, mit Wirkung vom 6. Jan. 1922 ein Stillschuld von täglich 4.50 Mk. anstatt früher 1.50 Mk. (u. zwar event. auf die Dauer von 85 Tagen.) Außerdem gilt von dem genannten Tag ab jede Wöchnerin als minderbemittelt und hat Anspruch auf Wochenfürsorge, wenn ihr und ihres Ehemanns Gesamteinkommen oder, sofern sie alleinsteht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Stenjahr vor der Entbindung den Betrag von 15000 Mk. (früher 10000 Mk.) nicht übersteigen hat. Dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 500 Mk. Wer also z. B. ein Jahreseinkommen von 18000 Mk. besitzt u. 6 Kinder zu erziehen hat, ist minderbemittelt im Sinne der Vorschriften über Wochenfürsorge. Letztere wird für Rechnung des Reichs durch die Allgem. Ortskrankenkasse ausgezahlt.

Postanweisungen mit eingedrucktem Wertstempel. Infolge einer Verfügung des Reichspostministeriums werden Postanweisungen mit eingedrucktem Wertstempel nicht mehr hergestellt. Die Reichsbankdruckerei hat keinen Vorrat mehr an solchen Wertstempeln.

Gegen die 48 Stundenzahlung, die nach einer Berliner Meldung die Reichseisenbahn einzuführen beabsichtigt, hat sich der Verband sächsischer Handwerkervereine ausgesprochen.

Forderungen der Jüderäuberpflanzer. Der Verband Süddeutscher Jüderäuberpflanzer hielt in den letzten Tagen in Stuttgart, Heilbronn und Heeresberg Versammlungen ab, bei denen über die Preisgestaltung der Jüderäuben und über die Wünsche für den Anbau im Jahr 1922 verhandelt wurde. Abg. Körner berichtete über die Verhandlungen des Ausschusses des Jüderäubenpflanzers-Berands. Auf seine Verantwortung hin werden auch für das Jahr 1922 Anbauverträge abgeschlossen werden. In einer Erklärung wurde der fünfprozentige Schmutzabzug durch die Jüderäubenfabriken bei Abnahme der Jüderäuben beanstandet und eine Herabsetzung des Abzugs auf 3 Prozent verlangt. Für 1922 sollen Schmutzabzüge nur dann gemacht werden, wenn die Äuben in nachlässiger Weise abgeliefert werden. Die Rückgabe von Jüder an die Pflanzler soll von 20 auf 25 Kilogramm pro 100 Doppikentner Äuben erhöht werden.

Steigerung der Lebenshaltungskosten. Obwohl durch die Steigerung der Kaufkraft der Mark zu Beginn Dezember die Großhandelspreise zurückgingen, hat sich die Aufwandsbewegung der Kosten der Lebenshaltung vom November zum Dezember infolge des vorhergehenden Sturzes der Reichsmark weiter fortgesetzt. Nach den Berechnungen des Stat. Reichsamts, denen die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung nach dem Stand von Mitte Dezember zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten vom November zum Dezember von 1397 auf 1550, demnach

um 153 Punkte oder 11 Prozent gestiegen. Gegenüber Dezember 1920 beträgt jetzt die Steigerung 66 Prozent und gegenüber Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres, 76,1 Prozent. Stärker als in den Vormonaten hat zu dieser Steigerung die Erhöhung der Kosten für Heizung und Beleuchtung beigetragen, während die Wohnungsmieten nur wenig anzogen. Daneben wurden aber auch beträchtliche Steigerungen für Lebensmittel festgestellt.

Jüdererschlebung. Mit einem typischen Fall von Kettenhandel mit Jüder hatte sich in letzter Zeit das württ. Jüderamt zu befassen. Die Firma Wilhelm Bräuning in Tübingen hat einen ihr im November 1921 von der Jüderfabrik Stuttgart zugewiesenen Wagen mit 10000 Kg. Kristallzucker, den sie um 75000 Mark erwarb, trotz der in Württemberg herrschenden Jüderknappheit durch Vermittlung eines Maklers in Augsburg, der hierfür eine Abfindung von 1000 Mark erhielt, an die Firma Elias Meyer Söhne in Freiburg zum Preis von 95000 Mk. weiterverkauft. Meyer Söhne verkauften den Jüder, der auf ihre Veranlassung von der Firma Bräuning nach der Station Oberkirch in Baden geschickt wurde, an den Kaufmann Samuel Wethermer in Rippheim um 114000 Mk. Dieser schob den Jüder zum Preis von 117000 Mk. weiter an den Lagerhalter Ludwig Büchle in Oberkirch, der den Wagen endlich entließ und den Inhalt zentnerweise — angeblich zum Preis von 11,80 Mk. das Kilo — an Ladengeschäfte weiterverkauft. Die Beteiligten sehen ihrer Verantwortung wegen Kettenhandels und Preisstreiterei entgegen.

Aggold, 10. Jan. (Gemeinderat.) Nachdem am letzten Sonntag eine Bürgerversammlung im Gasthof zur Traube hier in zum Teil ungeklärter Weise zu der Frage der Holzverföderung der Einwohnerschaft Stellung genommen hatte, wurde am Montag der Gemeinderat zusammenberufen, um erneut diese Frage zu besprechen. Zunächst nahm der Vorsitzende Veranlassung, auf die Lage der Holzverföderung, wie sie sich heuer ergibt, erneut hinzuweisen. Nachdem die Reste des Wälderwirtschaf aufgeteilt sind, bleiben 1400 Km. Brennholz verfügbar, die sich ergeben aus dem Recht, regulär 737 Hfm. bauen zu dürfen und der erwarteten Genehmigung eines außerordentlichen Gliebs von 5000 Hfm. für Wasserleitungs- und Wohnungsbau. Durchforstungsholz als Zugabe zu diesem Quantum von 1400 Km. Brennholz kommt nicht wesentlich in Betracht, nachdem die Not der letzten Jahre die Forstverwaltung zwang, die Bestände bis zur Grenze des Möglichen zu durchforsten. Das war die Lage, vor die der Gemeinderat bei Besprechung der Frage der Holzverföderung unserer Stadt setzzeit und jetzt auf Neue gestellt war. In dem Streben, eine möglichst erträgliche Lösung dieser Frage zu finden, war das ganze Kollegium einig. In mehreren gründlichen Beratungen wurden die verschiedenen Möglichkeiten nach ihrem für u. Wider besprochen. Zunächst einigte man sich vorläufig dahin, einen Versuch mit freihändiger Versteigerung zu machen. Dieser Versuch mißlang, aber nicht, weil das Holz zu teuer veranschlagt worden war, sondern weil die Käufer in der Strigerungswut vielfach Holz und Ziel überschritten haben, trotzdem Auswärtige zu diesem Verkauf nicht zugelassen waren. Auf Grund dieser Erfahrung entschloß sich nun der Gemeinderat in der Montagssitzung auf einen neuen Verteilungsmodus. Es soll jetzt jede Familie 2 Km. durch das Los zugewiesen erhalten. Bei der großen qualitativen Verschiedenheit des Holzes kann eine ganz gleichartige Verteilung nicht erfolgen. Es muß also jeder Familienort nach seinem Gliebs vertrauen. Als Höchstpreise für schönes Tannenholz wurden 200 Mk. für Buchenholz 160 Mk. festgesetzt. Je nach Art und Beschaffenheit der Quanten soll der Preis für jedes Los von der Forstverwaltung abgestuft werden. Der Preis wird mit dem Quantum auf jeden zu verbleibenden Bittel ver-

teilt werden. Rodet stimmte unbedenklich zu, und so verordnete eine Sitzung für den kommenden Tag. Dann erinnerte sich Luisa plötzlich, daß sie noch eine Besuchspflichtung habe und sich deshalb nicht eine Minute länger aufhalten dürfe. Mit gewinnendster Liebessüßigkeit verabschiedete sie sich von dem Wäler, und dann war sie verschwunden wie eine Erscheinung aus dem Märchen. Auf der Schwelle hatte Rodet noch einmal ihre Hand geküßt und hatte noch einmal in tiefem Atemzuge den feinen, süßen Duft des berauschenden Parfüms eingeatmet, dessen Hauch bei jeder Bewegung ihren Gewändern entströmte. Aber als er dann in sein leeres Atelier zurückkehrte, griff er sich mit beiden Händen an die Stirn. War es denn Wirklichkeit gewesen, was er während dieser letzten Stunde erlebt hatte? Und wenn es Wirklichkeit gewesen war, hatte er sich nicht benommen, wie ein unreifer Jüngling, wie ein törichter Anabe? Dies schillernde, bewegliche, tolle Geschöpf, von dessen Reizen er sich widerstandslos hatte gefangennehmen lassen, war es nicht ein ganz anderes Wesen als die Frau, der er vor elf Monaten inmitten des arnseligen Plittersprungs der Wagnerschen Wohnung gegenüber gefesselt hatte? Damals hatte er den Zauber begriffen, der von ihr ausging; denn es war der Zauber einer großen und reichen Menschenseele gewesen, deren Schätze sich ihm unerwartet erschlossen. Heute aber — wodurch hatte sie sich heute noch von den oberflächlichen, ihres unwiderstehlichen Reizes nur allzu sicheren Weibern unterschieden, denen er sonst so geflüßentlich aus dem Wege gegangen war? Und ihr hatte er geduldet wie einer Fürstin! Ihr wollte er sich auf Tage oder Wochen ausliefern, damit sie vielleicht ihr übermütiges Spiel mit ihm triebe, wie sie es inzwischen mit so und so vielen anderen getrieben haben mochte!

Wenn sie ihm wenigstens Rede gestanden — ihm die Aufklärungen gegeben hätte, auf die er nach dem Verlauf ihrer letzten Unterredung doch wohl ein Recht hatte! Was war aus Gerhord Holtbaufen geworden, und wie hatte sich ihr Verhältnis zu ihm gestaltet? Er hatte nicht den Mut gehabt, sie danach zu fragen, und er wußte schon jetzt, daß er auch künftig nicht den Mut dazu haben würde. Sie aber mußte triftige Gründe haben, darüber zu schweigen — Gründe, die er unmöglich zu ihrem Gunsten deuten konnte. War es nicht unter solchen Umständen eine in jeder Hinsicht unmögliche Situation, im



zeichnet stehen. Um diesen Plan durchzuführen zu können, muß die Stadtverwaltung auf eine Einnahme von 40—50 000 Mk. aus Papierholz verzichten, einen Posten, der sicher nicht belanglos ist für die Abwehr der überstark belasteten städtischen Kasse. Um weiteren Holzangeboten seitens der hiesigen Holzbedürftigen Einwohner gerecht werden zu können, sollen auch in diesem Jahr noch auswärtige Steigerer auf Reifig, Schlagraum und ca. 1000 Nm. Stockholz ausgeschaltet bleiben. Zu der Maßregel, Holz, das als Stammholz verläßt, ist, zu Brennholzwecken zerkleinern zu lassen, konnte sich der Gemeinderat nicht entschließen, denn die Folge wäre ein gewaltiges Hinausschneiden der Anlage auf mindestens 15 Proz., eine Wirkung, die wohl die Vorkäufer der Sonntagsversammlung nicht genügend beachtet hätten bei ihren weitergehenden Forderungen.

Freudenstadt, 10. Jan. (Brennholzversorgung.) Der Gemeinderat hat die Vorschläge der Forstkommission in letzter Sitzung angenommen. Diese Vorschläge gehen u. a. dahin: Nach dem Fall der Zwangsverwaltung fällt auch jeder Grund weg, das Verlosungssystem beizubehalten. Es soll daher das Scheiterholz im Wege zahlreicher öffentlicher Verkäufe mündlich, wie vor dem Kriege, verkauft werden, jedoch mit der Maßgabe, daß beim einzelnen Verkauf jeder Bi. höher nur ein Los steigen darf, daß Händler und Auswärtige ausgeschlossen sind, und daß unsinnigen Steigerungen seitens der Verkaufskommission rücksichtslos entgegengetreten werden soll. Zudem soll die Forstkommission ermächtigt werden, im Bedarfsfall Winderdemittelten, Verbleiblosen etc. weitgehend durch Gewährung von Nachlaß entgegenzukommen. Bezüglich des Stockholzes sollte Forstmeister Grommel mit, daß es ihm möglich sein werde, für 1922 etwa 8000 Nm Stockholz zur Verfügung zu stellen. Das Stockholz sollte nicht versteigert, sondern zu einem billigen Preise zugewiesen werden. Es bestehe also die Möglichkeit, neben dem Scheiterholz noch 4—6 Nm Stockholz zu bekommen.

Hirsau, 9. Jan. (Kandidatenvorstellung.) Im Gasthof zum „Röhl“ stellten sich gestern die Kandidaten für das auf 1. April frei werdende Amt des Schultheißen vor. Es sprachen, durch das Los bestimmt, Schultheiß Schmalzried von Hirsau bei Waiblingen, Schultheiß Rüdiger von Mühlberg auf den Filben, Maschineningenieur Veit von Hirsau, Notarstandort Müller von Hirsau, pensionierter Schultheiß Pfanz in Stuttgart und Schultheiß Moutbetsch von Ostelsheim. Am Mittwoch soll sodann eine allgemeine Bürgerversammlung darüber Beschluß fassen, wieviel Kandidaten zur Wahl zugelassen werden sollen und welchen Bewerber abgeschrieben werden soll. Vier Bewerber sind noch vor der Vorstellung zurückgetreten.

Roßweil, 10. Jan. (Verworfenen Revision.) Der Württembergische Josef Rog von Lügenhardt, der wegen Führung des Landjägers R. d. von dem Schwurgericht Roßweil seither verurteilt worden war, hat gegen das Urteil Revision eingelegt. Dieses Rechtsmittel ist nun vom Reichsgericht verworfen worden.

Stuttgart, 10. Jan. (Gegenbesuch des württ. Staatspräsidenten in München.) Amlich wird mitgeteilt: Staatspräsident Dr. Dierker wird heute abend nach München abreisen, um den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen von Lerchenfeld morgen zu erwidern. Soviel bekannt, will gleichzeitig der neugewählte badische Staatspräsident Dr. Hummel seinen Antrittsbesuch in München machen.

Stuttgart, 10. Jan. (Kirchliches.) Stadtpfarrer Bentele von der Marienkirche hat sich aus Gesundheitsrücksichten um die Pfarrei Antzsell bei Wangen i. A. beworben und die Stelle erhalten.

Stuttgart, 10. Jan. (Erwerbslosenfrage.) Die Zahl der Erwerbslosen in Groß-Stuttgart betrug am Ende des Monats Dezember 275, nämlich 251 männliche und 24 weibliche. Gegenüber dem Vormonat ergibt sich bei den Männern eine Zunahme um 57, bei den Frauen eine Abnahme um 11. In 9 Fällen wurde ein unberechtigter Bezug der Unterstützung festgestellt.

Stuttgart, 10. Jan. (Förster-Tagung.) Der Württ. Förster-Verein hielt am Sonntag hier seine Gau-

versammlung, bei der über das Fortschrittswesen beraten wurde. Die württ. Förster und Forstwärter fordern die Einführung des Fortschrittswesens. Mangel der bisherigen Anwärter aus dem Unteroberförsterstand muß für einen tauglichen Ersatz gesorgt werden. Der Verein sieht in der Heranziehung des Nachwuchses aus dem Holzhauserstand, dem die berufsmäßige Vorbildung fehlt, einen Rückschritt, der auch die Volkswirtschaft schwer schädigen würde. Alle deutschen Staaten, ausgenommen Württemberg und Baden, haben das Fortschrittswesen eingeführt, wie auch das zweiteilige Förstersystem. Die württ. Förster hätten nichts gegen die aus dem Holzhauserstand heranziehenden Förster, verlangen jedoch gründliche Vorbildung auf Forst- und Waldbauschulen.

Stuttgart, 10. Jan. (Gesäßel- und Kaninchenausstellung.) Die Zeitung der für 14. und 15. Januar in der Gewerbeschule (Königlichen Gesäßel- und Kaninchenausstellung hat 3.1 Knaben- und Mädchenporten sowie 500 Kriegswaisen Groß-Stuttgarts den unentgeltlichen Besuch dieser Ausstellung ermöglicht, um den Kindern den Sinn für Kleintierzucht zu wecken.

Von der Württ. Sparkasse. Zum ersten Vortrager der Württ. Landesparlamente wurde Kommerzienrat Feyer, zu seinem Stellvertreter Präsident a. D. v. Fischer bestellt.

Beförderungen im Schuldienst. Durch Entschließung des Staatspräsidenten wurden im Geschäftsbereich des evang. Oberschulrats 10 Oberlehrer in Gruppe IX und 41 Hauptlehrer zu Oberlehrern in Gruppe VIII, ferner im Geschäftsbereich des kath. Oberschulrats 12 Oberlehrer in Gruppe IX und 25 Hauptlehrer zu Oberlehrern in Gruppe VIII befördert.

Vom Tage. Auf dem Herdweg verunglückte am Sonntag beim Schlittenfahren eine 18jährige Schreibgehilfin tödlich. Auch sonst sind hier verschiedene Unglücksfälle beim Schlittenfahren vorgekommen. — In Degerloch stieß ein Kind eine Kanne mit heißem Kaffee um, der sich über das Kind ergoß. Es trug so schwere Brandwunden davon, daß es am anderen Tage starb.

Stränpfelfach i. R., 10. Jan. (Disziplinarverfahren.) Gegen den hiesigen Schultheißen Ludwig Kümmerl wird eine gerichtliche Voruntersuchung wegen Weinstenerhinterziehung, Unterschlagung und Betrugs geführt. Ein Disziplinarverfahren ist eingeleitet, das aber bis zur Beendigung des gerichtlichen Strafverfahrens angehängt bleiben muß. Kümmerl ist einstweilen des Amtes enthoben worden.

Zuffenhausen, 10. Jan. (Genossenschaftsbank.) Unter der Firma Gewerbe- und Handelsbank Zuffenhausen, eingetr. Genossenschaft m. b. H., ist hier eine Genossenschaftsbank gegründet worden, deren Betrieb am 5. Januar eröffnet wurde. Dem Vorstand gehören an Kaufmann Hermann Baujch, Fabrikant Hermann Kemmler und Bankbeamter Oskar Mant.

Stuttgart, 10. Jan. (Beamtenfragen.) In einer öffentlichen Beamtenversammlung, die die Württ. Bürgerpartei veranstaltete, sprach Reichstagsabg. Eisenbahnsekretär Schmidt-Stettin über brennende Beamtenfragen und trat energisch für das Berufsbeamtentum ein. Der Aktundentag sei ein Unsinn, wenn in diesen acht Stunden nicht gründlich gearbeitet werde. Das Beamtentagsgesetz drohe die ganze Organisation zu verfalligen. Wichtiger wäre ein neues Pensionsgesetz, ein Witwenpensionsgesetz und ein Unfallfürsorgegesetz. An der Einführung der Beamten bei der Besoldung werde vor 1923 kaum etwas geändert werden können. Ein Pensionsförderungsgesetz werde man sich nicht gefallen lassen. Jeder Streit sei ein Verbrechen am deutschen Vaterland. Die deutsche Beamten- und Lehrerschaft müsse alles dazu beitragen, Deutschland aus dem tiefen Abgrund, in den es geraten sei, wieder heranzubringen.

Malmheim, O. A. Leonberg, 10. Jan. (Schulhausbrand.) Aus unbekannter Ursache brach im hiesigen Schulhaus Feuer aus, dem der Dachstuhl zum Opfer fiel. Das Mobiliar des Lehrers und der Schulkasse wurde gerettet, das Haus jedoch stark beschädigt.

Zubingen, 10. Jan. (Berufung.) Prof. Dr. Karl Sartorius hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Staats-, Verwaltungs-, Kirchen- und Völkerrecht an der Universität Bonn erhalten.

Salzjetten, O. A. Horb, 10. Dez. (Meisterheiden.) Am Erscheinungsfest abend spielte das Meißer bei zwei jugendlichen Brüdern eine Rolle. Dabei wurde der ältere von dem 15jährigen Bruder am Arm so schwer verletzt, daß seine Verbringung in das Nagolder Krankenhaus nötig wurde, worin er kurz nach der Einlieferung an seiner schweren Verwundung starb.

Frommern, O. A. Balingen, 10. Jan. (Eine rohe Tat.) Als der 23jährige Prediger der evangelischen Gemeinschaft am Neujahrsabend sich zur Ruhe begeben wollte, wurde von außen ein handgroßer Stein durch das Fenster geworfen und traf ihn so unglücklich an den Kopf, daß er bewußtlos niederfiel. Erst am anderen Vormittag um 10 Uhr, als sein Spätaufstehen bezweifelt wurde, fand man ihn, nur mit Hosen und Strümpfen bekleidet, am Boden neben dem Bett liegen. Der Betroffene muß noch heute das Bett hüten und verweigert jede Nahrungsaufnahme. Untersuchung ist eingeleitet.

Wangen i. A., 10. Jan. (Molkereilehrkurs.) An der hiesigen Käserei-Verein- und Lehranstalt wird auf Veranlassung der Zentralstelle für die Landwirtschaft ein vierwöchiger Unterrichtskurs über Molkereiwesen abgehalten. Er beginnt am 13. März. Meldungen an die hiesige Lehranstalt.

Friedrichshafen, 10. Jan. (70. Geburtstag.) Einer unserer besten schwäbischen Dichter, Eduard Eggert, Oberjustizrat a. D. in Friedrichshafen, begeht am 13. ds. Mts. in ungebrochener Körperlicher und geistiger Kraft seinen 70. Geburtstag. Eggert ist in Ludwigsburg geboren.

Unsere Zeitung bestellen!

Aus dem Gerichtssaal.

ist ein Maßschneider für schlechte Taschen schaden-erfapflichtig? Ein Herr hatte bei einem Maßschneider einen neuen Ullermantel bestellt. Beim ersten Gebrauch des Mantels gingen zwei wertvolle Fingerringe, die er in die Tasche gesteckt hatte, verloren, weil sich in der Tasche ein zwei Zentimeter großes Loch befand. Der Bestzer klagte gegen den Schneider auf Schadenerfah. Landgericht und Oberlandesgericht Köln wiesen die Klage ab, weil den Kläger selbst das größere Verschulden an dem Verlust treffe. Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Den Schneider treffe ein teilweises Verschulden. Weil aber der Kläger die kostbaren Ringe in die zur Aufbewahrung solcher Wertgegenstände nicht bestimmte äußere Manteltasche gesteckt und sich erst nach Rückkehr in seiner Wohnung um den Verbleib der Ringe gekümmert habe, trage er das überwiegende Verschulden und durch dieses sei in erster Linie der Verlust der Ringe herbeigeführt worden.

Bermischtes.

Prinzessin Auguste Wilhelm von Preußen hat sich mit dem Kapitänleutnant a. D. Rümmer verheiratet. Prinzessin Alexandra Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, geb. 1887, war seit 1908 mit dem vierten Sohn des Kaisers verheiratet. Die Ehe wurde später geschieden.

Bombenanschlag. Bei einer Feiertagsfeier des Rudervereins in Hamburg wurde eine Bombe in den Saal geworfen. Sieben Personen wurden verletzt.

Der Deutsche in und außerhalb Deutschlands. Nach einer Berechnung des Stat. Reichsamts gab es vor Ausbruch des Weltkriegs in Europa etwa 80 Millionen Deutsche, von denen 77 Millionen ein geschlossenes Gebiet Mitteleuropas bewohnten. Sie verteilten sich auf 7 verschiedene Staaten, vorab auf das Deutsche Reich (62 Millionen), Österreich-Ungarn (12 Millionen), und die Schweiz (25 Millionen). Durch den Weltkrieg sind dem Deutschen Reich 3,5 Millionen Deutsche verloren gegangen und die Deutschen Österreich-Ungarns sind an 7 verschiedene Länder aufgeteilt worden. Heute leben von rund 81 Millionen Deutschen in Europa im Deutschen Reich 60 bis 62 Millionen, die übrigen außerhalb des Deutschen Reichs, davon in der Tschecho-Slowakei 3,7, in Frankreich 1,6, in Polen 1,5, in Rumänien 0,5, in Ungarn 0,3, in Italien 0,25 Millionen Deutsche; der Rest verteilt sich auf 7 weitere Staaten. Die Zahl der in Deutschland Geborenen, die in den Vereinigten Staaten leben, beträgt nach der 1920 festgestellten Volkszählung 1 683 296, die Zahl der aus Deutsch-Österreich Stammenden 574 959. Am reichsten an Deutschbürtigen sind die Staaten Kanada mit etwa 450 000, Illinois und Pennsylvania mit je 250 000.

Hilfswerk der deutschen Zeitungen für Oppau. Das Hilfswerk der deutschen Zeitungen für Oppau hat 6 143 710 Mk. ergeben. Das Gesamtergebnis der Sammlungen der deutschen Zeitungen stellt sich jedoch wesentlich höher, da eine ganze Reihe von Zeitungen die bei ihnen eingegangenen Summen an andere Stellen als an das Hilfswerk der deutschen Zeitungen abgeführt hat.

Einwärtige in Vorarlberg. Infolge von Lawnenstürzen ist der Eisenbahnverkehr im Arlberg unterbrochen. Die Unterbrechung dürfte einige Tage dauern.

Die Wiener Gobelins. Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, die österreichische Regierung beabsichtige, um vom Ausland Geld für die Staatskasse zu beschaffen, die berühmten Gobelins (gewirte Wandteppiche) der ehemaligen kaiserlichen Schatzkammer ins Ausland zu verkaufen und England und Frankreich haben bereits ihre Einwilligung dazu gegeben. Nach dem Frieden von St. Germain haben nämlich die Verbündeten die Hand auf die unermesslichen Kunstschätze des ehemaligen Kronguts gelegt als Pfand für die Kriegsschuldentilgung und ohne ihre Zustimmung darf kein Stück davon veräußert werden. Nach einer neueren Meldung hat nun aber die Regierung doch von dem Verkauf Abstand genommen. Es handelt sich um 900 Gobelins, die in ihrer Gesamtheit die wertvollste und schönste Sammlung darstellen, die es gibt. Der Wert beträgt mindestens 40 Millionen Dollar oder nach heutiger Währung rund 320 Milliarden Kronen.

Aus Budapest wird berichtet, daß die ungarische Regierung gegen die beabsichtigte „Verpfändung“ der Gobelins Einspruch erhoben habe, da Ungarn ebenfalls Besitzrechte an das Krongut habe. Vielleicht ist der Verzicht der österreichischen Regierung auf den Verkauf auf den ungarischen Einspruch zurückzuführen.

Zeitungsverkauf. Die „Sozialzeitung“ in Halle, das Blatt der demokratischen Partei, ist von einer Gesellschaft für die Deutsche Volkspartei angekauft worden.

Der Haarerfah. Lang abgeschmitten Frauenhaare kamen früher nur aus Russland, wo Haarfrauen gegen allerlei bunten Tand sich ihres Haarschmucks beraubten, auch aus Böhmen, wo die Ueberredungskünste der Händler die Frauen bewegten, ihr Haar abzuschneiden. Der größte Teil des Angebots von Haarerfah stammt, wie vor dem Krieg, so auch heute noch aus China, dem Land der Pöpse. Da im Reich der Mitte viele Vergehen mit Kopfab schneiden (gleichbedeutend mit der Aberkennung der bürgerlichen Ehre) bestraft wurden, so wanderten diese Strafbeweise, übrigens meist männlichen Ursprungs, durch die Hand der Händler nach Europa. Der chinesische Kopf ist heute infolge unserer schlechten Saluta im Preis ungeheuer gestiegen: Kofete vor dem Krieg ein Pfund etwa 60 Jm., langes Chinesenhaar 20—30 Mark, so werden heute hierfür im Engros-Betrieb rund 1000 Mk. bezahlt. Ein großer Teil des in Deutschland verbrauchten Haarerfahs kommt von den Italienerinnen, deren schwarzes oder

die er nun gegenüber verlegt hat und sollte er mit dem vollen Bewußtsein ihrer Unwürdigkeit und ihrer Gefahren diese Situation zu einem Zustand von unbestimmter Dauer werden lassen?

Nein, und abermals nein! Wenn er jemals Grund gehabt hätte, eifersüchtig über sein köstliches Gut, seine menschliche und künstlerische Freiheit zu wachen, so war dieser Grund hier gegeben. Daß er seine „Hochzeit der Luzia Borgia“ nicht würde schaffen können, ohne daß ihm die Brasilianerin als Modell gedient hätte, war doch am Ende nur eine Einbildung, eine fixe Idee, in die er sich nach all dem vergeblichen Suchen verrennt hatte, und über die er wieder Herr werden mußte. Und wenn es unmöglich gewesen wäre — was lag schließlich an dem Bilde! Er würde eine andere Idee aufnehmen, und die verlorene Arbeit brauchte ihn nicht zu reuen, wenn er zugleich mit all den zwecklos gewordenen Studien und Entwürfen auch die Unruhe und Unzufriedenheit in den Winkel werfen konnte, deren Opfer er während der letzten Wochen gewesen war, und die sich jetzt, nach Luiza Wagnus' Entfernung, in einer bisher nicht bekannten Stärke seiner bemächtigt hatte.

Was die Brasilianerin über seinen Wankelmüt denken würde, mußte ihm gleichgültig sein. Und er brauchte sie ja auch nicht zu trüben. Er würde selbstverständlich die begonnene Porträtskizze vollenden, wozu es kaum mehr als einiger weniger Sitzungen bedurfte, und er würde sie in den Glauben versetzen, daß der Plan zu dem großen Bilde an der Atelierfrage geklärt sei. Für die wenigen Zusammenkünfte aber, die ihm auf solche Art noch bevorstanden, würde er sich mit aller Kraft seines Willens wappnen.

Nicht zum dritten Male sollte der Sirenenzauber Macht über ihn gewinnen.

Fortsetzung folgt.

Spanienbraunes Haar besonders geschätzt ist. Gegenüber einem Friedenspreis von 100 Mk. kommt ein Kopf von 70 Jm. Länge aus bestem Italienerinnenhaar gegenwärtig bis auf 700 Mk. zu stehen. Durch entsprechendes Präparieren kann man Haare in allen Farben bekommen. Am teuersten und seltensten ist weißes Haar, weil Greisinnen gewöhnlich nur schwarze Haare mehr haben. Die Hauben- und Stirnnetze haben mit der Färbung gleichfalls Schritt gehalten. Ein Netz, das früher 25 Pfg. kostete, muß heute mit 10-12 Mk. bezahlt werden. Die Haarindustrie ist übrigens in Deutschland nicht heimisch; die Netze werden gebrauchsfähig aus China und der Tschechoslowakei bezogen; beide Länder versorgen fast die ganze Welt mit diesem Artikel.

Handel und Verkehr.

Bad Teinach, 9. Jan. In unserem Ort herrscht wirklich eine große Kaufs- und Verkaufslust. Die Teinacher Mühle erfrischte den Reigen, indem diese innerhalb eines Jahres 3 Bisher hatte und jeweils unter bedeutender Preissteigerung von Klaus Franz auf Fr. Gollmer und von diesem auf W. Wenzel überging. Der Gasthof zum lähnen Brunnen und der Gasthof zum goldenen Fäß gehen demnachst auch in andere Hände über. Auch die Villa Jugeborg wechselte ihren Besitzer und verschiedene Privathäuser wurden verkauft.

Holzhäuser für Serbien. Die serbische Regierung beschloß, in Deutschland 20.000 Holzhäuser, ähnlich den an Frankreich gelieferten, zu bestellen.

Stuttgart, 10. Jan. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag auf dem hiesigen Bleich- und Schlachthof waren zugeführt: 111 Ochsen, 23 Bullen, 200 Jungbullen, 141 Jungkinder, 306 Kühe, 438 Kälber und 305 Schweine. Erloß wurden aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 900-980, zweite 700 bis 800, Bullen erste 850-920, zweite 700-820, Jungkinder erste 980-1080, zweite 780-880, Kühe erste 700-840, zweite 500-630, dritte 350-450, Kälber erste 1280-1350, zweite 1180-1260, dritte 1080 bis 1150, Schweine erste 1600-1700, zweite 1500-1590, dritte 1200-1400 Mark. Verkauf des Marktes: Grobvieh und Kälber lebhaft, Schweine mäßig.

Lezte Nachrichten.

Wien, 11. Jan. Die Wähler begrüßen den bevorstehenden Besuch des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bieder und des badischen Staatspräsidenten Dr. Himmel mit freundlichen Worten als einen Beweis des Vertrauensverhältnisses, in dem die benachbarten süddeutschen Regierungen zueinander stehen. — Die „Bayrische Staatszeitung“ sagt: Zwar ist ein politischer Zweck mit dem Besuch nicht verbunden, doch wird sich die Gelegenheit ergeben, über manche gemeinwirtschaftliche Frage einen Gedankenaustausch zu pflegen.

Wien, 11. Jan. (Havas) Nachmittags war in den Kreisen der Konferenz das Gerücht verbreitet, der Ministerrat in Paris habe die Regelung der Reparationsfrage nicht in der gleichen Weise wie die französische Delegation in Cannes aufgestellt. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, muß der Oberste Rat vielleicht zu einer neuen Prüfung gewisser Fragen schreiten, die grundsätzlich geregelt schienen. — Am späten Nachmittag begab sich Briand zu Lloyd George.

Wien, 11. Jan. Nach einer vom „Temps“ wiedergegebenen Meldung aus Cannes, wird der Oberste Rat heute Nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen treten, um sich mit dem Verteilungsschlüssel zu beschäftigen. Zwischen der französischen und der belgischen Delegation seien Differenzen entstanden, weil die belgische Delegation Widerspruch erhoben habe, daß Frankreich nicht wie am 13. August für die Saarlohlengruben 300 Millionen Goldmark sofort in Anrechnung gebracht werden sollen. Die Berechnung der Saarlohlengruben müsse auf die erste von Deutschland gezahlte Goldmilliarde erfolgen.

Wien, 11. Jan. Die deutsche Delegation wohnt in Cannes im Park-Hotel. Sie ist Gast des französischen Staates.

Wien, 11. Jan. Nach einer Meldung des „Internationale“ aus Cannes, soll die erste Verhandlung mit der deutschen Delegation vor dem Obersten Rat morgen Nachmittag um 2 Uhr stattfinden.

Wien, 10. Jan. Heute Vormittag 5 Uhr gerieten alle elektrischen Kabel am Nordbahnhof in Brand. Alle Telegraphen und Telefone der Bahngesellschaft wurden vollständig zerstört. Die Ankunft und die Abfahrt der Züge ist unterbrochen; auch die elektrische Beleuchtung des Bahnhofes ist stillgelegt. Der Verkehr ist bis auf eine Stunde eingestellt. Erst gegen 1.20 Uhr Mittags konnte man des Feuers Herr werden. Alle Züge erleiden große Verspätungen. Die unterirdischen Kabel, durch die die Züge für die Linien nach der Provinz gestellt werden, sind ebenfalls vernichtet.

Wien, 11. Jan. Erzherzogin Zita wird voraussichtlich am Donnerstag über Basel in die Schweiz einreisen. Der Regierungsrat von Zürich hat Maßnahmen getroffen zur Ueberwachung der Erzherzogin. Sie wird unter ständiger polizeilicher Bewachung stehen.

Wien, 11. Jan. Das Mitglied der saarländischen Abordnung in Genf, Valentin Schäfer, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes gab heute dem Sonderberichterstatter des W.L.B. im Namen der Abordnung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir verlangen in erster Linie die Entseinerung der vertragswidrig fort dauernden Besetzung des Saargebietes durch das französische Militär, Achtung vor den bestehenden Gesetzen, den wirtschaftlichen Lebensbedingungen u. unserer Muttersprache, sowie vor dem Recht der freien Meinungsäußerung. Wir

sind entschlossen, mit der ganzen saarländischen Bevölkerung an diesen Forderungen festzuhalten.

Wien, 11. Jan. Die Verlobung der Prinzessin Marie von Rumänien mit dem König Alexander von Serbien wird amtlich bekanntgegeben.

Wien, 10. Jan. Wegen dieser Person die sich während des letzten Eisenbahnstreiks Sabotageakte, haben zu Schulden kommen lassen, ist, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, entsprechend den Abmachungen zwischen dem Reichswehrministerium und den Eisenbahnergewerkschaften strafgerichtliche Untersuchung im Gange.

Wien, 11. Jan. Im hiesigen Stadthaus fanden heute die Gespräche der Vertreter der verschiedenen Berufsstände der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens durch Calonder statt.

Wien, 11. Jan. Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten beantragt, den Ausschuss zum Zweck der Herbeiführung einer Anstalt der Regierung über die Verhandlungen in Cannes sofort einzuberufen. Wie das „Tageblatt“ aus Parlamentaristenkreisen hört, nimmt man an, daß gleich nach der Rückkehr der deutschen Delegation aus Cannes, die Ende dieser Woche zu erwarten ist, der auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammentreten wird, um einen Bericht über die Verhandlungen mit dem Obersten Rat entgegenzunehmen.

Wien, 10. Jan. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet aus Cannes, die Sitzung der Finanzminister sei äußerst lebhaft gewesen. Die Atmosphäre scheint mit Elektrizität geladen zu sein.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Heinrich Lauf.

Druck und Verlag der B. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Kartoffel ist auch heute noch neben dem Brot die Grundlage unserer Ernährung. Daher muß jeder Landwirt darauf bedacht sein, möglichst hohe Kartoffelernten zu erzielen. Neben sorgfältiger Bodenbearbeitung, Verwendung der ertragreichsten Sorten spielt die Düngung die größte Rolle. Stallmist allein genügt für Pflanztröge nicht. Stickstoff und namentlich Kali muß den Kartoffeln noch zugegeben werden, sollen sie Erträge bringen, wie wir sie heute brauchen.

Wie die Kartoffel für die Ernährung des Menschen unentbehrlich ist, so ist dies die Rabe für die Ernährung des Viehs. Kraftfutter bekommen wir vom Ausland nicht genügend herein, daher sind wir darauf angewiesen, das Futter für unser Vieh uns selbst zu beschaffen. Wie die Kartoffel eine Kalipflanze ist, so ist es auch die Rabe. Ohne Kalidüngung gibt es keine hohen Ernten, und wenn dazu noch Stickstoff und etwas Phosphorsäure gegeben wird, werden hohe und nährstoffreiche Ernten davon erzielt.

Ebershardi.

Langholz-Verkauf.



Am Freitag, den 13. d. Mts., nachm. 2 Uhr, kommt auf dem Rathaus im Submissionsweg zum Verkauf:

Los I Hohe Egard, Altmansbüchel und Heiligenwald von Nr. 7 bis 54 21,18 Hfm.

Führt Abt. I

Los II Von Nr. 55 bis 146 105,55 Hfm.

Abt. III

Los III Von Nr. 146 bis 243 125,40 Hfm.

Angebote auf die einzelnen Lose sind spätestens bis Freitag, den 13. d. Mts., nachm. 2 Uhr, beim Schultheißenamt einzureichen. Auszüge können bei Waldschütz Weß eingesehen werden.

Schultheißenamt.

Familien-Kalender:

Württ. Landeskalendar
Lust. Stuttg. Bilderkalender
Lahrer Hinkender Bote
Immergrün-Kalender
Frauenlob-Kalender
Matth. Schmuckers Wetterkalender

Abreiß-Kalender:

Christl. Hausfreund
Sonstige große und kleine
Abreißkalender u. Abreißblock
Wochenabreißkalender

Taschen-Kalender

Lofungs-Büchlein

empfehlen die

W. Rieker'sche Buchhandlung

Altensteig.

Altensteig.

Sicherheits-Sprengstoffe

verschiedene Fabrikate, schwarz und gelb, sowie Sprengkapseln, Zündschnüre usw. sind zu billigsten Tagespreisen erhältlich bei

Lorenz Luz jr., Tel. 46.

Ein tüchtiges Mädchen

das kochen kann, bei behaglicher Lohn gesucht. Zweites Mädchen vorhanden.

Franzzeitungsbesitzer
Eleonore Bode
Pforzheim, Engstraße 23.

Der neue

Postgebühren-Tarif

— Preis 75 Pfg. —

ist zu haben in der

W. Rieker'schen Buchh.

Altensteig.

Altensteig.

Rochsalz

und

Viehsalz

vom Salzwerk Heilbronn sind feine Ladungen eingetroffen und empfiehlt solches billigst

Fritz Bühler jr.

Altensteig.

Gefunden

wurde im Sandberg kleiner Geldbetrag. Abzuholen bei Matth. Staß, Ziegelhütte.

Altensteig.

Zucker

ist eingetroffen bei

J. Wurster.

Einen etwa 18jährigen

Altensteig.

Knecht

für Landwirtschaft sucht, wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Biere 60 Bier u. Zell.

Flaschen

hat zu verkaufen

Gottfr. Bueghardt
Spielberg.

NISSIN

gegen Kopfläuse
Nichts anderes nehmen.
Zu haben Apotheke.

Gestorbene.

Calmdach: Paul Seyfried, 64 J. alt.
Waldhof: Jakob Witz, 57 Jahre alt.

Calmdach: Paul Seyfried, 64 J. alt.
Waldhof: Jakob Witz, 57 Jahre alt.

Calmdach: Paul Seyfried, 64 J. alt.
Waldhof: Jakob Witz, 57 Jahre alt.

Altensteig.

Ortsgruppe des Evangel. Volksbunds.

Öffentliche Versammlung.

Herr Detlev Otto von Nagold wird am Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr im Jugendheim sprechen.

Thema:

„Mühsere evang. Kirche in den Kämpfen dieser Zeit.“ Mitglieder und ev. Kirchenglieder sind hierzu herzlich eingeladen. Freie Aussprache erwünscht. Der Vorstand.



Turnverein Altensteig. Gut Die Turnstunden

finden wieder regelmäßig jeden Mittwoch und Samstag statt, ebenfalls werden Neuanmeldungen an diesen Turnabenden angenommen.

Der Turnwart.

Lose

der Stuttgarter Geldlotterie

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhdlg., Altensteig.

Flaschen

In den nächsten Tagen werden im Gasthof z. Waldhof n. Altensteig sämtliche Weine, Biers- und Cellarflaschen aufgestaust.

Oswald.